

Lichtenstein-Collnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Lageblatt für Sebnitz, Müllitz, Bernsdorf, Müllitz, St. Egidien, Heinrichsdorf, Rosinow, Knudsdorf, Ortmanndorf, Müllitz St. Nicolaus, St. Jakob, St. Nicolaus, Elgersdorf, Thurn, Niederwülzen, St. Johanna und Lützkow

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung des Amtsgerichtsbezirks

Nr. 301.

Hauptinfektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk

69. Jahrgang. Mittwoch, den 31. Dezember

Verlagsdruckerei
Leipzig Nr. 86697.

1919.



Die Stadtkasse und Girokasse Lichtenstein bleiben am 31. Dez. wegen U.azug geschlossen

Städtevereinigung.

Am Tage der sich mit dem 1. Januar 1920 vollziehenden Städtevereinigung wird im Collnberger Rathaus eine kurze Feier abgehalten werden. Im Hinblick auf die große Zahl der Teilnehmer und den zur Verfügung stehenden, verhältnismäßig kleinen Raum ist es zu unserem größten Bedauern nicht möglich, der Bevölkerung der beiden Städte im allgemeinen Zutritt zu gestatten.

Wir sprechen die Bitte aus, der vereinigten Stadt am Tage der Feier durch Fahnenschmuck und dergl. ein festliches Gepräge zu geben.

Lichtenstein und Collnberg, am 30. Dezember 1919.
Der Stadtrat zu Lichtenstein. Der Stadtgemeinderat zu Collnberg.
Steiner, Prachtel,
Bürgermeister, Bürgermeister.

Die Auszahlung der Unterstützung an die Erwerbslosen von Lichtenstein und Collnberg erfolgt Freitag, den 2. Januar. Für diejenigen mit den Anfangsbuchstaben A-K von 8-1 Uhr vormittags, von S-3 nachmittags 3-5 Uhr.

Der Stadtrat - Kriegsunterstützungsamts.

Lebensmittelverkauf in Collnberg: Mittwoch, 31. 12. 1919.
Weizen - 80 g für 40 Pfg. - P.M.A., Marke P 4. Ausländische Margarine, - 75 g 1,75 Mk. - Marke 20 der Zufahrtkarte zur Landeszeitkarte.

Der Ortsnahrungsausschuss für Collnberg.

Bekanntmachung.

Diesigen Familien, welche noch rückständige Zuckermarken zu beanspruchen haben, erhalten diese Mittwoch, den 31. Dezember 1919, vorm. 8-9 Uhr im Sitzungssaal.

Stadtsverwaltung Collnberg.

Die Geschäftsräume des Rathauses sind am Mittwoch, den 31. Dezember 1919 ab mittags 12 Uhr für den Publikumsverkehr geschlossen.
Stadtsverwaltung Collnberg.

Bezirksverband.
R. L. Nr. 441 Fu.

Kleie.

Bezugscheine auf die Hälfte (= 6%) der entfallenden Kleie werden unter Vorlegung der Getreideablieferungsscheine nur noch bis 15. Januar 1920 ausgestellt. Die Bezahlung hat nach wie vor bei Entnahme des Bezugscheines in der Futtermittelstelle (Schloßmühle) zu erfolgen. Die Kleie selbst ist unter Abgabe des Bezugscheines bis spätestens 31. Januar 1920 in einer Mühle des Bezirks abzugeben.

Der Rest der Kleie wird Ende Jan./Anf. Febr. 1920 nach der Zahl der auf Grund der letzten Viehzählung festgestellten Milchkuhe durch die Gemeinden an die Kuhhalter verausgabt werden. Der genaue Zeitpunkt der Ausgabe wird z. B. durch die Gemeinden bekannt gegeben werden.
Glauchau, den 29. Dezember 1919.

Amthauptmann Freh. v. Welsch.

Bezirksverband.
R. L. Nr. 1430 a. M.

Mehlbestandsaufnahme.

Die Bestandsaufnahme an Mehl (s. Bekanntmachung v. 22. 12.) hat am 31. Dezember 1919 abend nach erfolgtem Geschäftsschluss zu erfolgen.

Für unrichtige Angaben sind die Bäcker und Händler verantwortlich, da hieron anderweitige Maßnahmen abhängig sind.
Glauchau, den 29. Dezember 1919.

Amthauptmann Freiherr v. Welsch.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Der Ministerrat hat beschlossen, wie aus Notiz bekannt gemeldet wird, seine gesamten Posten in Berlin am 1. Februar 1920 befehlen zu lassen.

* Wie aus Genf gemeldet wird, verkauft Sabas, das man in Militärentkreisen damit rechnet, daß das Sabasprotokoll am 8. Januar unterzeichnet wird, ohne daß man Deutschland eine Frist gestellt hat.

* Aus Washington wird italienischen Blättern gemeldet, der Reichspräsident habe die Lieferung von Fleisch für 25 Millionen Dollars nach Deutschland übernommen. Ein Viertel der Kaufsumme ist sofort zahlbar, der Rest in neun monatlichen Raten unter Garantie der Deutschen Bank.

* Wie wir aus Berlin erfahren, wird jetzt die Zahl der zurückgekehrten eisernen Division auf 22 700 geschätzt. 3000 Mann sind in Rußland verblieben oder erschossen.

* Wie uns aus Frankfurt gemeldet wird, haben die Beamten große Kundgebungen veranstaltet und zu der Feuerungszulage Stellung genommen. Sie fordern eine 30prozentige Lohnhöhung. deren Forderung bei Ausgabeln sie durch Erhöhung der Post-, Eisenbahn- und Stempelgebühren vorzuschlagen.

* Wegen dringenden Verdachts der Beteiligung an großen Lebensmittelschiebungen wurde in Wien der kommunistische Rechtsanwalt Lamp verhaftet.

* Aus Jura, daß die Entente die Hand auf den Ertrag legen werde, findet in Ungarn keine einmalige Vermögensabgabe statt.

* Für die Sicherheitsverhältnisse in Wien ist es bezeichnend, daß am Heiligabend und am ersten Weihnachtstags hier 30 Einbrüche mit einer Beute von 2 Millionen, zwei Morbitten und zahlreiche Raubüberfälle auf offener Straße in der inneren Stadt verübt wurden.

* Die Denikinische Freiwilligen-Armee hat 24 Eisenbahnwagen erbeutet, die dem ganzen Staatsschatz Russlands und das Staatsvermögen der Ukrainischen Staatsbank enthält. Nach Schätzungen sollen die gesamten Porträte an Gold, Silber und Brillanten

einen ungefähren Wert von mehreren Millionen Rubel haben.

* Nach einer Konstantinopeler Meldung vom 27. Dezember beginnt die Zivilbevölkerung von Teffa wegen des schnellen Vordringens der Bolschewiken die Stadt zu räumen.

* Bayern hebt seinen Widerstand gegen den Einheitslohn fort.

* Aus Thorn wird gemeldet: In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde bekanntgegeben, daß in den letzten Tagen mit Rücksicht auf die bevorstehende Befreiung der Stadt Thorn durch die Polen 7000 Deutsche ausgewandert sind.

* Wie aus ein Trahrbericht meldet, ist in Marseille der Zentralbahnhof niedergebrannt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Franken.

Die Auslieferung.

Die Frage, welche Rechtsmittel die deutsche revolutionäre Regierung in Anwendung bringen will oder kann, um beispielsweise Hindenburg festzusetzen und an die Entente ausliefern zu lassen, wird allmählich „aktuell“. Denn der Friede wird ja nun wohl endlich, da Deutschland auch alle erwarteten Ueberforderungen annimmt, unterschrieben werden, und vier Wochen danach sollen wir seinen Bestimmungen zufolge die Liste der auszuliefernden Deutschen überreicht erhalten.

Unsern Regierenden wird schmilf: nicht wegen der deutschen Schmach, sondern wegen der Schwere der die Erfüllung der Ententebedingungen machen wird. Daß in der Verfassung steht, kein Deutscher dürfe einem ausländischen Gerichtshof zur Aburteilung überwiesen werden, daß also die Verfassung und der auf sie geschworene Eid Oberts gebrochen werden müßte, ist schon früher gesagt worden, das Unangenehme ist nun weiter, daß, wie ein „Diplomat“ in dem offiziellen Regierungsblatt anführt, im Wesentlichen Offiziere und Beamte auszuliefern sind und man nicht sicher ist, ob sich zu deren Befreiung deutsche Offiziere und Beamte wirk-

lich bereit finden werden. Es sind auch noch andere Leute dabei. Wie unwidersprochen von der französischen Presse mitgeteilt worden ist, wird auch die Auslieferung des weltberühmten Physikers Professor Kernst verlangt, dessen „Kernstrahl-Lampe“ auch so manchem Gelehrten der Entente den Arbeitsstich elektrisch erhellte, weil dieser Professor - Gutachten über das Gas als Kampfmittel geschrieben habe. Man will alle führenden deutschen Männer, auch die der Wissenschaft, deren Ruf alle Erdteile erfüllt, als „Sündenböcke“ der öffentlichen Verachtung und der entehrenden Strafe überliefern. In der Hauptsache freilich die deutschen Militärs, die es fertig bekommen haben, vier-einhalb Jahre lang aus, die wir von aller Welt abgeschrieben waren, aufrecht den Stumpf gegen diese Welt bestehen zu lassen.

Man kommt der offiziöse „Diplomat“ auf einem Ausweg: er schlägt der Entente vor, sie solle auf dem Auslieferungsgeschehen nicht bestehen, sondern die Aburteilung aller genannten Männer - in Deutschland selbst gestatten; man werde ihre Gewähr für schärfes Gericht geben, auch ihre Vertreter als Nebenkläger und Aufsichtsorgane zulassen. Auch das widerspricht selbstverständlich der Verfassung, in der es ausdrücklich heißt, daß niemand einem ordentlichen Richter, seinem zuständigen Gericht, entzogen werden darf. Ein Sondergericht mit Mitgliedern der Entente entspricht nicht dieser Bestimmung. Wenn wir, wie kürzlich in der Nationalversammlung beschlossen worden ist, alle Verfehlungen, die im Feindesland begangen worden sind, demnach aburteilen, so ist das etwas ganz anderes. Es ist gut, wenn die wenigen Sparsparter und Verbrecher im deutschen Heere, die sich in Feindesland Raubzucht und schwere Verbrechen haben zuschulden kommen lassen, bestraft werden; obwohl wir auch da leider wieder allein stehen und nicht einmal erzählen können, daß die Verbrecher und Mörder der feindlichen Besatzungslieferanten vor Gericht gezogen werden. Aber der wiese „Diplomat“ ohnt nicht einmal, daß er nur das vorschlägt, was - die Entente selber erstrebt. Sie hat